
6. Verlegung von Stolpersteinen

Opfer des Faschismus 1933 – 1945

Freitag, 8. Mai 2026

in Neunkirchen

in Selbstverlegung der Arbeitsgruppe Stolpersteine Neunkirchen mit der Ausbildungs-
klasse für Baugeräteführer des TG BBZ Neunkirchen



Stolpersteine

Ein Kunstprojekt für Europa von Gunter Demnig

Mehr als zwei Jahrzehnte ist es her, dass Gunter Demnig das Projekt STOLPERSTEINE entwickelt hat. Ziel des Projektes ist, die Erinnerung an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, an die Sinti und Roma, die politisch Verfolgten, die Homosexuellen, die Zeugen Jehovas und die Euthanasieopfer, an alle Opfer im Nationalsozialismus lebendig zu halten. Gunter Demnig erinnert an die Opfer der NS-Zeit, indem er vor ihrem letzten selbstgewählten Wohnort Gedenktafeln aus Messing ins Trottoir einlässt.

„Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“, zitiert Gunter Demnig den Talmud. Mit den Steinen wird an die Menschen erinnert, die einst hier wohnten. Auf den Steinen steht geschrieben: „HIER WOHNTE...“ Ein Stein. Ein Name. Ein Mensch.“ (G. Demnig)

Inzwischen liegen STOLPERSTEINE in fast 1900 Orten Deutschlands und in dreißig Ländern Europas. Das sind mehr als 100.000 Menschen, Opfer des Naziregimes, die dem Vergessen entrissen sind. Für 120 Euro kann jede/r eine Patenschaft für die Herstellung und Verlegung eines STOLPERSTEINS übernehmen.

(weitere Informationen: Homepage von G. Demnig: <https://www.stolpersteine.eu/>)

Das Projekt in Neunkirchen

Den Anstoß dazu gaben Mitglieder der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen“ (VVN-BdA) Landesvereinigung Saar. Es bildete sich eine Arbeitsgruppe, um im Gebiet der Kreisstadt Neunkirchen „Stolpersteine gegen das Vergessen“ zu verlegen. Im Laufe der Jahre änderte sich immer wieder die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe recherchieren biographische Daten von Opfern, im Stadtarchiv Neunkirchen und Archiven andernorts, nehmen Kontakt zu Angehörigen auf, sichten Literatur zu Verfolgung und Widerstand an der Saar und von Saarländerinnen und Saarländern. Die bisherigen Biographien der Opfer sind jeweils in einem Begleitheft veröffentlicht, auch bei <https://www.neunkirchen.de/stolpersteine/>

Mit den Steinen erinnern wir an Frauen und Männer des antifaschistischen Widerstands, an Angehörige der „Internationalen Brigaden“ im spanischen Bürgerkrieg und an politisch Verfolgte, an jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, an Euthanasieopfer, an sozial Ausgegrenzte und an Familienangehörige, die unter dem Nazi-Regime gelitten haben.

Bei einigen Opfern konnten nur sehr wenige biographische Angaben ermittelt werden. Bei vielen gibt es keinen überlebenden Angehörigen, oder sie sind nicht bekannt und auch amtlich nicht erfasst. So ist es schwierig, Daten und Ereignisse zusammenzutragen und entsprechende Lebensläufe zu erarbeiten.

Am 19. November 2012 wurden in Wiebelskirchen erstmals neun STOLPERSTEINE von Gunter Demnig verlegt. Als Verlegeort dieser Steine wurde der Wibilo-Platz gewählt, nicht – wie üblich – der Bürgersteig vor den Wohnhäusern. Damit liegen diese Steine im Zentrum des Ortes, sichtbar und erlebbar für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger. An der Verlegung beteiligten sich Schülerinnen der Ganztagsgemeinschaftsschule Haspelstraße und Schüler*innen des Fachbereichs Bautechnik des Technisch-Gewerblichen Berufsbildungszentrums (TG BBZ) mit Frau Monika Hack, Lehrerin. Frau Hack beteiligte sich mit der jeweiligen Klasse an den weiteren Verlegeaktionen.

Die zweite Verlegung fand im April 2015 statt, neunzehn STOLPERSTEINE, im Stadtzentrum, in Heinitz, Sinnerthal und Wellesweiler. Im Mai 2018 fand die dritte Verlegung statt, 19 Steine an 8 Verlegestellen

in der Unterstadt, der Oberstadt und den Stadtteilen Kohlhof, Wellesweiler und Wiebelskirchen. Diese Steine wurden vor den ehemaligen Wohnhäusern der Opfer verlegt.

Im September 2020 wurden in Neunkirchen zum 4. Mal Stolpersteine verlegt, 11 Steine, an sieben Verlegestellen. Die Mehrzahl dieser Opferbiographien wurde von Schülerinnen des „Gymnasium am Krebsberg“ unter Leitung von Frau Dr. Wilhelm-Schaffer recherchiert und erarbeitet. Wegen der Corona-Pandemie wurde diese Verlegung in Selbstverlegung durchgeführt von Schüler*innen des TG BBZ.

Die 5. Verlegung fand am 8. September 2022 statt; 12 STOLPERSTEINE wurden von Gunter Demnig an fünf Stellen verlegt, in Wellesweiler, in der Bliessaße, im Stadtzentrum, in Wiebelskirchen und Sinnerthal. Wiederum beteiligten sich Schülerinnen und Schüler des TG BBZ mit der Lehrerin Frau Monika Hack.

Wir bedanken uns bei allen, die dieses Projekt bisher unterstützt haben durch Spenden zur Finanzierung der Stolpersteine und andere Maßnahmen, bei Verantwortlichen und Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und des zentralen Betriebshofes.

Zugleich bitten wir um Spenden, um die Stolpersteine weiterhin finanzieren zu können, auf das Sonderkonto der Stadtverwaltung Neunkirchen.

Sparkasse Neunkirchen IBAN: DE42 5925 2046 0000 0000 94 oder

Bank 1 Saar DE 15 5919 0000 0300 4600 03

Betreff: Spenden Stolpersteine Haushaltsstelle 40001.17800

Die Spende ist bei der Steuererklärung gegenüber dem Finanzamt abzugsfähig.

Die diesjährige Aktion wird gefördert durch die Kreisstadt Neunkirchen, den Landkreis Neunkirchen und die Bürgerinitiative Neunkirchen Stadtmitte e.V.



Aktuell arbeiten in der Arbeitsgruppe mit:

Rainer Dörrenbecher, Annegret Gallei, Ulrike Heckmann, Claudia Janes-Jung, Brunhilde Jerrentrup, Gabriele Klein, Andreas Kossman, Wolfgang Lang, Marco Paaries, Ulrike Pfeifer-Scholz, Gerhard Schaal, Wolfgang Schneider, Monika Scholz, Anette Weber

Nicole Peter, Lehrerin an der GTGSchule Haspelstraße, recherchierte mit ihrer Schul-AG eigenständig zwei Biographien.

Die Autor*innen sind für die Texte verantwortlich.

Gesamtverantwortlich für den Inhalt:

Ulrike Pfeifer-Scholz, Rainer Dörrenbecher (Redaktion)

Grundentwurf und Druck: Kreisstadt Neunkirchen

Satz: Eric Jacob

Herausgeber und verantwortlich für die Bildrechte:

Arbeitsgruppe Stolpersteine gegen das Vergessen Neunkirchen



Fotonachweise, Quellenangaben:

- Symbolbild Stolpersteine: <https://www.stolpersteine.eu/>
- Auschwitz Lagertor: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/b8/Eingangstor_des_KZ_Auschwitz%2C_Arbeit_macht_frei_%282007%29.jpg
- Gedenkstätte Dachau: <https://www.kz-gedenkstaette-dachau.de/>
- Sachsenhausen, Lagertor: wikipedia, Creative-Commons-Lizenz; Raki_Man;
- Camp de Gurs: Amicale du camp de Gurs, <http://gurs.free.fr/index.html>
- Pithiviers Deportationsdenkmal: <https://www.pithiviers.fr/pithiviers-ville-de-memoire-sur-lhistoire-de-la-shoah/>
- Gedenkstätte Tarancón, Spanien: <http://www.kfsr.info>
- Faksimile „An das Saarvolk“: Bies, Luitwin: Klassenkampf an der Saar 1919-1935, Frankfurt a.M. 1978
- Biographien: Ferdinand u. Reinhold Ruth: privat René Ruth;
Hermann Petri: privat Bernd Petri
- aktuelle Fotos der ehemaligen Wohnorte, Verlegestellen: Gerhard Schaal

Erläuterungen zu Begriffen des NS-Regimes, des Widerstandes und historischen Ereignissen

Bedingungen in den Konzentrationslagern

Die ersten Konzentrationslager entstanden schon 1933, unmittelbar nach der Machtübergabe an Hitler und die Nationalsozialisten. „Der Hauptzweck der KZ war die Ausschaltung jedes wirklichen oder vermuteten Gegners der nationalsozialistischen Herrschaft. Absondern, diffamieren, entwürdigen, zerbrechen und vernichten - das waren die Formen, in denen der Terror in Wirksamkeit trat. Je drastischer, umso besser, und je gründlicher, umso nachhaltiger.“ (*) Vernichtung durch Arbeit - war die Praxis in vielen Konzentrationslagern. Die zweite Gruppe waren die Lager zur systematischen Ermordung der jüdischen Bevölkerung.

Die ersten Häftlinge waren Angehörige der Arbeiterbewegung, der KPD, der SPD und der Gewerkschaften. Diese mussten die Konzentrationslager erst aufbauen. Dann folgten weitere politisch und religiös Verfolgte, Juden, Sinti und Roma, (sogenannte Zigeuner), Homosexuelle, Opfer von Denunziationen, sogenannte Arbeitsscheue, Kriminelle ... Sie alle sollten dauerhaft aus dem deutschen „Volkkörper“ ausgeschlossen werden.

Der „Empfang“ in den Lagern war mit Geschrei und Prügel durch die SS verbunden. Bei der Registrierung erhielten die Häftlinge eine Nummer, die ihren Namen ersetzte und einen für sie festgelegten Winkel, den sie an der Häftlingskleidung befestigen mussten. Zum Beispiel erhielten politische Häftlinge einen roten Winkel und Häftlinge, die aufgrund ihrer Homosexualität inhaftiert wurden, einen rosafarbenen Winkel. Die jüdischen Häftlinge mussten einen stilisierten Davidstern tragen. Viele KZ auf deutschem oder österreichischem Boden waren mit einem Steinbruch verbunden, in dem die Häftlinge unter Aufsicht der SS Steine brechen und schleppen mussten (z.B. in Buchenwald, Mauthausen, oder Struthof/Elsass). Die Steine durften nicht zu klein sein, oft war der Weg steil nach oben, leicht konnten sie die Stufen verfehlen und in die Tiefe stürzen. Dabei wurden sie von der SS mit Schlägen zur Eile angetrieben. Wer bei der Arbeit versagte, wurde erschossen oder in den Abgrund gestürzt.

Diese Schufferei und die Misshandlungen waren schon unerträglich. Zusätzlich verschärft wurde die Situation durch das völlig unzureichende Essen; es war zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. So kamen die Häftlinge Tag für Tag nach 12 Stunden Arbeit, bis zum Zusammenbruch ausgelaugt, zu ihren Unterküften zurück. Beim Appell am Abend konnten sich viele kaum noch auf den Beinen halten.

Es ging in diesen Lagern nur ums Überleben, aber das war schwer, ja fast unmöglich, wenn der Lebenswille Tag für Tag abnahm. Die politischen Häftlinge in den KZ hatten oft einen kameradschaftlichen Zusammenhalt und unterstützten sich gegenseitig. Sie klammerten sich an die Hoffnung auf ein vom Faschismus befreites Deutschland. Sie wollten diesen Tag erleben. Diese Hoffnung war Ansporn genug, sich nicht in die Verzweiflung zu stürzen.

Mit zunehmendem Arbeitskräftemangel in der Produktion wurden neben den „Fremdarbeitern“ aus den besetzten Ländern auch KZ-Häftlinge eingesetzt. Einige KZ wurden speziell zu Produktionszwecken eingerichtet. Auch hier war die Todesrate durch Erschöpfung, Misshandlungen und Ermordung hoch.

Im besetzten Polen und Weißrussland wurden spezielle Vernichtungslager errichtet, in denen vor allem die jüdische Bevölkerung systematisch ermordet wurde. Das größte war bei Auschwitz in Polen. Der Tag der Befreiung dieses KZ durch die Rote Armee, der 27. Januar, ist inzwischen Gedenktag für die Opfer des deutschen Faschismus.

Die Überlebenden der KZ konnten viele Jahre nicht über die Zeit im KZ sprechen. Und nur Wenige haben dies Jahrzehnte später getan. In der Broschüre „K.Z. Lager Natzweiler-Struthof“, Herausgeber „Comité National

du Struthof“ 1966, beschreibt Dr. med. Léon Boutbien, Deportierter von Struthof, sich und seine Mithäftlinge: „Stellen wir uns einen Menschen vor, der plötzlich aufhört, ein menschliches Wesen zu sein, um ein, bis dahin jeder zoologischen Einteilung unbekanntes, tierisches Ungeheuer zu werden, nur noch ein Verdauungsschlauch, ein Hampelmann mit knöchernen Gliedern, ein wandelndes Skelett, herumirrend verstört, mit Wahnvorstellungen - so war der abgeschiedene Mensch, der dem Hunger und dem Klima erlag“ (Seite 9,10)

(*) Eugen Kogon: „Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager“, Heyne Verlag, München 2006, ISBN 3-453-02978-X



Gedenkstätte KZ Auschwitz, Eingangstor

plex des faschistischen Deutschland. Er bestand aus dem Konzentrationslager Auschwitz I (Stammlager), dem Vernichtungslager Birkenau – Auschwitz II, dem Konzentrationslager Monowitz und ca. 50 weiteren Außenlagern. Der Lagerkomplex befand sich im vom Deutschen Reich annektierten Teil von Polen. Die polnische Stadt Oświęcim (dt.: Auschwitz) liegt im Südwesten Polens.

Das Lager I wurde 1940 zunächst für polnische politische Gefangene eingerichtet. Es war zugleich Exekutionort für polnische Geiseln, Widerstandskämpfer und sogenannte „Intelligenzler“ geplant. Bis März 1941 inhaftierte die SS mehr als 10.000 hauptsächlich polnische politische Gefangene, von denen eine große Zahl durch Hunger und Folter starb, viele wurden ermordet.

Ab März 1941 wurde das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau aufgebaut. Dies war der größte Teil des Auschwitz-Komplexes. Das Lager war von und zunächst für sowjetische Kriegsgefangene gebaut worden. Nach dem Beschluss zum Völkermord an der europäischen jüdischen Bevölkerung wurde Birkenau ab Februar 1942 nach und nach zum „industriellen“ Vernichtungslager ausgebaut. Ab Sommer 1942 wurde Auschwitz zum zentralen Deportationsziel nahezu aller europäischen Juden im deutschen Herrschaftsbereich. Eine weitere besonders betroffene Bevölkerungsgruppe waren die Sinti und Roma, die in einem besonderen Block, dem Zigeunerlager, inhaftiert waren. Die Zahl der systematisch ermordeten Menschen ist nicht vorstellbar.

Der 3. Komplex war das Lager Monowitz mit den Außenlagern. Dies waren in erster Linie Arbeitslager. Die Häftlinge wurden als Zwangsarbeiter in verschiedenen Betrieben des IG Farbenkonzerns (BASF, Bayer, Buna, Höchst u.a.) und weiteren Unternehmen ausgebeutet.

Im Januar 1945 wurde das KZ „evakuiert“; mehr als 50.000 Häftlinge wurden in Todesmärschen nach Westen getrieben, nach im „Altreich“ gelegene Konzentrationslager. Die restlichen, in Auschwitz verbliebenen marschunfähigen Häftlinge wurden am 27. Januar durch sowjetische Truppen der I. Ukrainischen Front befreit. Viele dieser noch lebenden Häftlinge verstarben in den folgenden Tagen.

Konzentrationslager Auschwitz:

Auschwitz ist auf der ganzen Welt zu einem Symbol des Terrors, des Völkermords und des Holocaust geworden. Der 27. Januar, der Tag der Befreiung der Häftlinge durch die Rote Armee, wurde 1996 in der BR Deutschland und 2005 international zum Gedenktag für die Opfer des deutschen Faschismus ernannt.

Das KZ Auschwitz war ein Komplex aus drei ausgebauten Konzentrationslagern und hatte eine Mehrfachfunktion als Konzentrations-, Arbeits- und Vernichtungslager. Es war der größte KZ-Lagerkomplex

Seit 1947 ist das KZ eine Gedenkstätte, heute als „Auschwitz-Birkenau – deutsches nationalsozialistisches Konzentrations- und Vernichtungslager“ benannt.

Quellen:

<https://www.auschwitz.org/en/history/kl-auschwitz-birkenau/>

https://de.wikipedia.org/wiki/KZ_Auschwitz

LeMO Der Zweite Weltkrieg - Völkermord - Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz



KZ Gedenkstätte Dachau

Ab Juli 1945 diente das Areal als Internierungslager für NS-Täter; 1948 richtete die Bayerische Staatsregierung dort ein Flüchtlingslager ein.

Dank der Initiative der Überlebenden, die sich 1955 zum Comité International de Dachau (CID) zusammenschlossen hatten, konnte das ehemalige Häftlingslager in einen Gedenk- und Erinnerungsort umgewandelt werden. Im Mai 1965 wurde die KZ-Gedenkstätte Dachau mit dem Setzen eines Gedenksteins und der ersten Dokumentarausstellung eröffnet. (Begriff siehe Quellenang.)

Seit 1965 befindet sich auf dem Gelände die KZ-Gedenkstätte Dachau. Träger ist die Stiftung Bayrische Gedenkstätten.

Quelle: <https://www.kz-gedenkstaette-dachau.de/>

Konzentrationslager Mauthausen

Das KZ Mauthausen war das größte Konzentrationslager auf dem Gebiet Österreichs. Es befand sich 20 Kilometer östlich von Linz in Mauthausen und bestand von 1938 bis zum 5. Mai 1945. Hier wurden politische Gegner und als kriminell oder asozial bezeichnete Personengruppe inhaftiert und zu Schwerstarbeit in den Granitsteinbrüchen gezwungen.

Das Lager wurde von aus dem KZ Dachau überstellten Häftlingen aufgebaut. Im folgenden Jahr wurde wenige Kilometer entfernt bei Gusen ein zweites Lager von Häftlingen aufgebaut. Der KZ-Komplex war mit seinen Nebenlagern ein Arbeits- und Vernichtungslager. Die Arbeit war unmenschlich schwer, ständig

erfolgten Misshandlungen, die Verpflegung war völlig ungenügend. Die Todesrate war so hoch, dass in derartigen Lagern „Vernichtung durch Arbeit“ verübt wurde.

Nach Kriegsbeginn wurden Menschen aus ganz Europa in das KZ Mauthausen verschleppt, das nun allmählich zu einem System von mehreren zusammenhängenden Lagern anwuchs. Ab 1941 baute die SS in Mauthausen eine Gaskammer und andere Einrichtungen zur systematischen Ermordung größerer Personengruppen. In der zweiten Kriegshälfte wurden die Häftlinge, darunter erstmals auch Frauen, zunehmend zur Arbeit in der Rüstungsindustrie herangezogen.

Am 5. Mai 1945 erreichte die US-Armee Gusen und Mauthausen. Viele Häftlinge waren so geschwächt, dass sie noch in den Tagen und Wochen nach ihrer Befreiung starben. Von den insgesamt etwa 190.000 Gefangenen des KZ Mauthausen und seiner Außenlager waren in sieben Jahren mindestens 90.000 zu Tode gekommen.

Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers befindet sich seit 1947 eine Mahn- und Gedenkstätte der Republik Österreich.

Quelle: <https://www.mauthausen-memorial.org/de/Wissen/Das-Konzentrationslager-Mauthausen-1938-1945>

Hauptquartier der Gestapo im Saarbrücker Schloss

Im linken Flügel des Saarbrücker Schlosses wurde nach der Einverleibung des Saargebiets in das Deutsche Reich das Hauptquartier der Gestapo des Saarlandes unter der Leitung von Anton Dunckern eingerichtet. Im Keller des Schlosses befand sich eine 2,50 m x 3,50 m große Haftzelle, die im Jahr 1975 entdeckt wurde. An den Wänden der Zelle befanden sich hauptsächlich kyrillische, aber auch einige französische, niederländische, polnische und italienische Inschriften. Im Jahr 1981 strich eine Karnevalsgesellschaft die Wände, sodass die Inschriften als Zeugnisse verloren gingen. Den Informationen des von Hermann Volk verfassten Buches „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945“ zufolge gingen allein bis 1936 etwa 5.000 Menschen durch die „Gestapo-Mühlen“ auf dem Schlossplatz. Über die schrecklichen Praktiken bei Verhören ist in Berichten von einem der ersten Gefangenen, der im September 1935 inhaftiert wurde, dem Kommunisten Fritz Hill, zu lesen.

Quelle: Ehemalige Staatspolizeistelle Saarbrücken und Gestapo-Haftzelle im Saarbrücker Schloss – Erinnerungsatlas der Großregion

AZR / ASR Häftlinge

(Arbeitszwang Reich bzw. Arbeitsscheu Reich)

Am 24. November 1933 wurde von den Nazis das Gesetz gegen gemeingefährliche Gewohnheitsverbrecher erlassen. Dieses Gesetz ermöglichte eine unbefristete Sicherungsverwahrung im Anschluss an eine Strafverbüßung. Die Einstufung betraf wiederholt straffällig Gewordener und Verurteilter wegen minderschwerer Taten wie Diebstahl, Unterschlagungen usw. Die Einlieferung ins KZ erfolgte ohne konkreten Anlass auf Grund der bisherigen Straftaten. Umgangssprachlich wurden sie als Berufsverbrecher bezeichnet; im KZ trugen sie den grünen Winkel.

Eine Erweiterung dieses Gesetzes wurde am 14. Dezember 1937 mit dem „Grunderlass zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ beschlossen. Auf dieser Basis konnten Bürger auch ohne „Berufs- oder Gewohnheitsverbrecher“ zu sein wegen so genanntem „asozialen Verhalten“ in polizeiliche Vorbeugehaft genommen werden. Die Festlegung, wer asozial eingestuft wurde, war eine äußerst willkürliche Entscheidung.

Als Personengruppen zählten dazu: „Obdachlose, Vagabunden, Bettler, Sinti und Roma, aber auch Alkoholiker, Querulanten, Müßiggänger, und Raufbolde. Die Wahnidee, durch Lagerhaft und Rassenhygiene eine kriminalitätsfreie Gesellschaft formieren zu können, machte immer mehr Menschen zu Opfern polizeilicher Ermessenswillkür.“^{1*)} „Ohne die bereitwillige Zuträgerschaft durch Gesundheits-, Arbeits- und Fürsorgeämter, durch Partei- und NSV- Funktionäre (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt), durch Bürgermeister und örtliche Polizei hätte die Kripo ihr blutiges Handwerk nicht ausüben können.“^{2*)} Die Häftlinge wurden in der Kategorie AZR - Arbeitszwang Reich erfasst.

Es gab Sonderaktionen in denen diese Männer und Frauen aufgegriffen und in KZ überstellt wurden. Sie erhielten keinen Prozess, keine Verurteilung, sie wurden den Lagern und damit der SS-Gewalt übergeben. Nach der ersten reichsweiten Verhaftungsaktion im Mai 1938 wurde die Kategorie in ASR - Arbeitsscheu Reich umbenannt. Bei der Registrierung erhielten sie den für sogenannte „Asoziale“ festgelegten schwarzen Winkel, den sie an der Häftlingskleidung befestigen mussten.

Diese Häftlingsgruppe stand in der „Lagerhierarchie“ ganz unten. Sie wurden sehr oft Opfer sadistischer SS-Leute oder krimineller Häftlinge. Viele überlebten nur wenige Monate in den Lagern.

Leider konnte zu den Opfergruppen Grüner und Schwarzer Winkel (hier als Eigennamen) nur wenig zusammengetragen werden, die meisten wurden schlicht vergessen. Wer wollte sich auch öffentlich zu einem „Asozialen“ bekennen. Nach 1945 bis in die Jetztzeit wurde kaum über sie gesprochen. Die Bundesrepublik Deutschland hat diese Menschen bis 2020 nicht als Opfer des Faschismus anerkannt. Diese sind die verdrängten Opfer des Naziregimes.

Im Herbst 2017 startete der Sozialwissenschaftler Frank Nonnenmacher, dessen Onkel selbst zu den ausgegrenzten Überlebenden zählte, eine Initiative zur Anerkennung dieser Opfergruppen. <https://www.change.org/p/deutscher-bundestag-erkennung-von-asozialen-und-berufsverbrechern-als-opfer-des-nationalsozialismus> Im April 2018 reichte er bei den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, die Grünen, FDP und die Linke eine Petition ein, mit mehr als 20.000 Unterstützern. Nach einer Expertenanhörung beschloss der Deutsche Bundestag am 13. Februar 2020 einstimmig (bei Enthaltung der AfD) die als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Bezeichneten als Opfer des Nationalsozialismus anzuerkennen.^{3*)}

Quellen:

¹⁾ aus „Herrschaft und Alltag“ von Klaus-Michael Mallmann /Gerhard Paul, Seite 282

²⁾ aus „Herrschaft und Alltag“ von Klaus-Michael Mallmann /Gerhard Paul, Seite 283

³⁾ <https://arolsen-archives.org/ueber-uns/standpunkte/lebenslang-stigmatisiert/>

Französische Internierungslager

Im April 1938, nach dem Ende der Volksfront-Regierung in Frankreich, übernahm eine rechtsbürgerliche Koalition unter Edouard Daladier die Regierung. Im Januar 1939 wird im Département Lozère, bei der Stadt Mende, das Lager Rieucros, das erste französische Internierungslager für „unerwünschte Ausländer“ eingerichtet. Hintergrund ist der Übertritt zehntausender Interbrigadisten und Republikaner aus Spanien. Gleichzeitig wurden die Grenzen zu Spanien geöffnet. Mehr als 450.000 Flüchtlinge aus Spanien erreichten vor dem 1. März Frankreich, wo sie in Lagern interniert wurden.

Nach der Kriegserklärung im September kam eine neue Kategorie von Internierten dazu: Die „Staatsbürger der feindlichen Mächte“, Deutsche und Österreicher. Dies waren überwiegend männliche politische und jüdische Emigranten, fast 20.000 Personen. Nach dem deutschen Angriff im Mai 1940 werden auch die Frauen interniert, getrennt in andere Lager. Nach dem Waffenstillstand im Juni 1940, noch vor der Installation des Vichy-Regimes, kamen viele wieder frei.

In der Folgezeit nutzte das Vichy-Regime die Lager zur Internierung politischer Gegner, jüdischen Menschen und weiteren. Ende 1940 waren mehr als 50.000 Menschen interniert; die Lager waren überfüllt. Im Winter 1941/42 verstarben viele an Hunger und Kälte. Daraufhin wurde der größte Teil entlassen; noch ca. 9.000 blieben in Haft.

Im Frühjahr 1942 nahmen die französischen Internierungslager - alle unter französischer Verwaltung, bis auf Compiègne und ab Juli 1943 Drancy - ihren Platz in der neuen deutschen Logik ein: Die Durchsetzung der Endlösung in Frankreich. Weiterhin gab es in den Lagern politische Häftlinge, „Nomade“ (Sinti und Roma) und Internierte des Allgemeinenrechts. Aber ab dieser Epoche dienten die Lager in erster Linie als Vorzimmer des Todes für die Juden in Frankreich.

Quelle: L'internement : La France des camps (1938-1946) | Chemins de mémoire

Sammellager Drancy

Drancy, Stadt und Eisenbahnknotenpunkt, im Großraum Paris, nordöstlich; hier befand sich von 1941 bis 1944 das Sammellager Drancy. Dort wurden die Eisenbahnwaggons aus den verschiedenen Konzentrations- und Internierungslagern in Frankreich zusammengeführt mit den Menschen, die in die Vernichtungslager weitertransportiert werden sollten. Die Waggons standen tagelang auf dem Bahngelände, die Menschen eingepfercht, ohne Wasser und Essen, ohne draußen ihre Notdurft verrichten zu können. Von dort fuhren dann die Eisenbahntransporte in die Lager im Osten. Die Mehrzahl der in Frankreich internierten Juden, Roma und andere wurden über Drancy in die Vernichtungslager, hauptsächlich nach Auschwitz, deportiert.



Internierungslager Camp de Gurs

mehrere Jahre dort lebten, in Internierungs-Lagern interniert. Diese wurden nach dem Waffenstillstand wieder freigelassen.

Seit Oktober 1940 wurden – noch unter dem Vichy-Regime – in dem Lager fast alle aus Südwestdeutschland, Elsass und Lothringen deportierten Juden zusammengepfertcht. Im Rahmen der „Wagner-Bürckel-Aktion“ wurden die noch in Baden, der Pfalz und dem Saargebiet lebenden Juden und die jüdische Bevölkerung aus Elsass-Lothringen in das Camp de Gurs deportiert; die meisten wurden 1944 in die Vernichtungslager transportiert.

Camp de Gurs ist berüchtigt für die Behandlung der Juden; es war nach Aussage von Überlebenden die Hölle. Die hygienischen Bedingungen katastrophal, das Essen unzureichend und die Sterberate überdimensional hoch. Die jüdischen Internierten „verstarben reihenweise“ auf Grund von Unterernährung und Krankheiten und fehlenden hygienische Bedingungen. Es handelt sich eigentlich um Massenmord.

Internierungs- und Konzentrationslager „Camp de Gurs“

Das Camp de Gurs liegt in der Nähe der französischen Ortschaft Gurs, Département Pyrénées Atlantiques, nördlich der Pyrenäen. Es wurde von der rechts-konservativen Regierung für republikanische Kämpfer des spanischen Bürgerkrieges eingerichtet, die nach der Auflösung der Interbrigaden nach Frankreich flüchteten. Schon damals war es das größte französische Internierungslager. Ab Mai 1940 wurden auch politische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich, die zum Teil schon

Seit 1994 ist das Lagergelände eine nationale Gedenkstätte, welche die Erinnerung an seine Geschichte und die dort Internierten wachhalten soll. Es wird vom Förderverein „Amicale du Camp de Gurs“ mit Sitz in Pau betreut. Das Gelände ist frei zugänglich.

Quellen: Info-Material der Gedenkstätte, <http://gurs.free.fr/index.html>, [wikipedia](#)



Pithiviers Deportationsdenkmal

Lager in Beaune-la-Rolande wurden etwa 18.000 ausländische und französische Juden in die Vernichtungslager deportiert, darunter 2.300 Kinder. Die meisten Transporte gingen zunächst nach Drancy. Ab Oktober 1943 wurden insgesamt mehr als 3.000 französische politische Gefangene interniert.

Bei der Befreiung im Herbst 1944 gab es nur 115 Überlebende.

Am Standort des ehemaligen Lagers hält das 1957 eingeweihte Denkmal die Erinnerung an die in Pithiviers internierten jüdischen Männer, Frauen und Kinder wach. 2012 wurden bei dem Denkmal Tafeln mit der vollständigen Liste der Internierten aufgestellt – mit Namen, Geburtstag, letztem Wohnort, Tag der Verhaftung, Deportation und Todestag.

Quellen: <https://www.pithiviers.fr/pithiviers-ville-de-memoire-sur-lhistoire-de-la-shoah/>

Internierungslager „Camp Le Vernet“

Das Camp Le Vernet war von 1939 bis 1945 ein Internierungslager im Département Ariège zwischen Le Vernet und Saverdun nördlich der französischen Pyrenäen. Ursprünglich schon im 1. Weltkrieg errichtet.

Bis Ende September 1939 wurden in Le Vernet mehr als 10.000 Interbrigadisten und republikanische Soldaten aus Spanien interniert. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden ab Oktober 1939 als feindlich eingestufte Ausländer und Franzosen nach Le Vernet verbracht: deutsche und französische Kommunisten, Italiener, ausländische Juden und weitere. Nach der französischen Kapitulation im Juni 1940 gehörte das Lager zur „freien Zone Frankreichs“. Bis auf 4.000 Häftlinge, die Meisten Juden und Politische, wurden die Inhaftierten freigelassen.

Nach der deutschen Besetzung ganz Frankreichs im November 1942 wurden Juden jeglichen Alters dort inhaftiert und bis Juni 1944 nach Dachau deportiert. Danach nutzte die Wehrmacht das Lager noch kurzzeitig als Kriegsgefangenenlager. Dann wurde das Lager aufgelöst.

Seit 1992 ist Le Vernet Nationaldenkmal stellvertretend für alle Internierungslager Frankreichs (le Mémorial National des Camps d'Internement en France).

Quelle: <https://meinfrankreich.com/camp-du-vernet-lager-der-unerwunschten/>

Antifaschistische Einheitsfront im Saargebiet

Nach dem Versailler Vertrag von 1919 war das Saargebiet für fünf Jahre vom Deutschen Reich getrennt und dem Völkerbund unterstellt. Danach sollte in einer Volksabstimmung über die weitere staatliche Zugehörigkeit entschieden werden. Bis auf eine kleine Minderheit lehnten alle Parteien und gesellschaftliche Organisationen diesen Status Quo ab und setzten sich ein für den Anschluss an Deutschland.



Faksimile „An das Saarvolk“

lischen Bereich um Johannes Hoffmann wurde für den Status Quo gekämpft. Erst im Dezember kam es zu einer entsprechenden Vereinbarung der Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter, der beiden größten Gewerkschaftsverbände.

Dieses Abkommen und die folgenden gemeinsamen Aktionen kamen erst nach Überwindung vielfältiger Schwierigkeiten im Saargebiet und in den Exilvorständen beider Parteien zu Stande. Der gemeinsame Aufruf für den Status quo zu stimmen, erfolgte erst, nachdem der Völkerbund eine Verschiebung der Abstimmung abgelehnt hatte. Der Aufruf beinhaltete zugleich ein Aktionsprogramm gegen die Einschränkung demokratischer Rechte und für „die Verbesserung aller sozialen Errungenschaften“.

Die antifaschistische Einheitsfront hatte eine tragische Niederlage erlitten. Gegen die propagandistische Übermacht der Deutschen Front und die weitverbreitete nationalistische Stimmung konnte die Einheitsfront bei der Abstimmung am 13. Januar 1935 nicht erfolgreich sein. Fast 91% stimmten für den Anschluss an das faschistische Deutschland.

Literatur, Auswahl:

Bies, Luitwin: Klassenkampf an der Saar 1919-1935, Frankfurt a.M. 1978

Mallmann, Klaus-Michael: das zersplitterte Nein, Bonn 1989

Paul, Gerhard: Deutsche Mutter - Heim zu Dir!, Köln 1984

Mit der Machtübergabe an Hitler am 30. Januar 1933 war eine neue Lage entstanden. Zögerlich entstand eine „Status Quo“ Bewegung. Das Ziel war, den Anschluss an Hitler-Deutschland zu verhindern und den Status quo bis zum Ende des Nazi-Regimes aufrecht zu erhalten.

Anfang Juli 1934 veröffentlichten die Sozialdemokratische Partei Saargebiet und die Kommunistische Partei Saargebiet den Aufruf: „An das Saarvolk“, das „Einheitsfrontabkommen“ zur Bildung einer „antifaschistischen Front“ gegen den Faschismus, für eine Niederlage Hitlers an der Saar. Weitere kleinere Parteien, wie die Saarländische Sozialistische Partei (SSP) schlossen sich an. Auch aus dem katho-

Beratungsstelle für Saar-Flüchtlinge - „Office pour les Réfugiés Sarrois“ (siehe Quellenangabe)

Noch am 13. Jan. 1935, dem Tag der Saar-Abstimmung, richtete Max Braun (Vorsitzender der Sozialdemokratischen Landespartei des Saargebietes, SPS) in Forbach im Haus Rue Nationale 41 eine Beratungsstelle für Saarflüchtlinge ein. Mit dem zeitgenössischen Begriff „Saarflüchtlinge“ waren einerseits Personen – hauptsächlich Männer, aber auch ganze Familien – gemeint, die ab 1933 aus dem Gebiet des Deutschen Reiches ins Saargebiet geflüchtet waren, andererseits diejenigen Saarländer, deren Flucht erst nach der Abstimmung 1935 begann. Finanzielle Träger der Beratungsstelle waren der Internationale Gewerkschaftsbund, die Sozialistische Arbeiter Internationale, der Exil-Parteivorstand der SPD (Sopade), der Matteotti-Fonds und die französische Gewerkschaft CGT.“

Die Beratungsstelle wurde im April 1936 aufgelöst und ersetzt durch eine Zweigstelle des staatlichen französischen „Office pour les Réfugiés Sarrois“. Das Office Sarrois kümmerte sich wie zuvor die Beratungsstelle um die Ausstellung von Personalpapieren für die Flüchtlinge, vermittelte ihnen Arbeitsplätze und verwaltete für die dringendsten Fälle einen Hilfsfonds.“

Quelle:

Gerhild Krebs <https://www.memotransfront.uni-saarland.de/pdf/fluechtlingsberatungsstelle.pdf>

Anmerkung: Angaben, bis wann das Office arbeitete konnte ich nicht finden. Mit dem Angriff Deutschlands auf Polen wurden die Exilanten aus Deutschland und Österreich interniert; spätestens dann dürfte das Office seine Tätigkeit eingestellt haben.



Gedenkstätte in Tarancó

stehenden Parteien, Unternehmerverbände, Großgrundbesitzer, der katholische Klerus und Teile des Militärs erkannten die Regierung nicht an.

Am 17. Juli 1936 putschten in Spanisch-Nordafrika Francisco Franco und weitere rechtsgerichtete Generäle gegen die Regierung der Zweiten Spanischen Republik. Der Putsch wurde von Anbeginn durch die faschistischen Staaten Deutschland und Italien militärisch unterstützt. Traurige Berühmtheit erlangte die völlige Zerstörung der baskischen Stadt Guernica durch die deutsche Luftwaffe, die Legion Condor. Pablo Picasso schuf danach das Monumentalgemälde, das die Schrecken der Bombardierung eindringlich darstellte.

Die europäischen demokratischen Länder verständigten sich auf eine Nichteinmischung. Dadurch wurden die Putschisten begünstigt; Deutschland und Italien unterstützten weiterhin Franco durch „Freiwilligeneinheiten“, Waffen, die Legion Condor und Panzer. Lediglich die Sowjetunion und Mexiko leisteten der Republik militärische und Wirtschaftshilfe.

Der Spanische Bürgerkrieg

Der Spanische Bürgerkrieg, verkürzt auch als Spanienkrieg bezeichnet, dauerte von Juli 1936 bis April 1939. Im Rahmen dieser Erläuterungen können Ursachen, Verlauf, internationale Bedeutung und Ergebnisse nur stichwortartig dargestellt werden. Spanien war, wie Portugal, damals noch ein Staat mit halbfeudalen Strukturen auf dem Land und großen sozialen Gegensätzen. Im Februar 1936 erreichte die Volksfront (frente popular), ein Bündnis linker republikanischer und sozialistischer Parteien, zum zweiten Mal eine parlamentarische Mehrheit und bildeten eine Regierung. Die äußerst rechts

Die Arbeiterparteien und Gewerkschaften vieler Länder, Intellektuelle, Kulturschaffende, Wissenschaftler riefen zur Solidarität mit der Republik auf. Antifaschistische Freiwillige aus allen Ländern Europas, den USA, Kanada und Australien gingen unmittelbar nach dem Putsch nach Spanien um die Republik zu unterstützen und den Faschismus zu bekämpfen. Es wurden die Internationalen Brigaden gebildet, die an mehreren wichtigen Fronten eingesetzt wurden. Unter dem Druck Frankreichs und vor allem Großbritanniens musste die republikanische Regierung 1939 die Internationalen Brigaden auflösen. Die Interbrigadisten mussten das Land verlassen.

Der Krieg endete mit dem Sieg Francos und der verbündeten Truppen aus Italien und Deutschland. Es folgten ungeheure Massaker der Nationalisten an den Republikanern. Bis in die Gegenwart werden noch Massengräber gefunden.

Je nach politischem Standpunkt wird in vielen Veröffentlichungen tendenziös berichtet. In seinem Buch „Von der Saar zum Ebro. Saarländer als Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939“ hat Max Hewer eine kurze sachliche Darstellung des Spanischen Bürgerkriegs vorangestellt. Auch auf https://de.wikipedia.org/wiki/Spanischer_Bürgerkrieg ist eine Darstellung des Spanischen Bürgerkrieges. Er spielte auch in der Literatur eine Rolle. z.B. Ernest Hemingway: „Wem die Stunde schlägt“; Gustav Regler: mehrere Romane, Biographie „Das Ohr des Malchus“

Korrektur der Biographie der Familie Lachmann im Heft der 5. Stolpersteine-Verlegung

In Heft 5 der Stolpersteine-Verlegung von 2022 ist in der Biographie der Familie Lachmann im Schlussteil bei Hans/Jean Lachmann eine unkorrekte Darstellung. Wir bedauern den Fehler.

Im Folgenden ist der Abschnitt korrigiert.

Stolpersteine verlegt Wilhelm Straße 22

Hans Lachmann/Jean Lackmann war 1937 zur französischen Armee eingezogen worden und wurde 1940 als Leutnant demobilisiert. Danach war er Zivilangestellter bei der Militärintendanz in Clermont-Ferrand und schloss sich 1942 ebenfalls der Résistance an. Am 5. Mai 1944 wurde er von der französischen Miliz verhaftet und nach kurzer Haft wurde er an die Gestapo ausgeliefert. Er kam ins KZ Sachsenhausen und von dort ins KZ Neuengamme, wo er bis zu seiner Befreiung am 23.04.1945 blieb.

Hans / Jean Lachmann kam nach der Befreiung aus dem KZ mit einem Transport französischer Häftlinge nach Clermont-Ferrand. Dort lebte noch Anna Lachmann, die Mutter. Am 1. Juli 1946 kehrten beide zurück nach Neunkirchen. Hans Lachmann heiratete am 31. Juli 1951 in Saarbrücken Ingrid Dechent. 1952 wurde Tochter Ines in Neunkirchen geboren; sie ist in 2024 verstorben. 1956 wurde in Saarbrücken die Tochter Isabelle geboren. Zuvor war die Familie nach Saarbrücken umgezogen; die Ummeldung erfolgte im Februar 1957.

In einem komplizierten Rechtsstreit erwarb die Familie Lachmann wieder ihre Anteile an der Firma Menesa. Hans Lachmann übernahm die Funktion des Generaldirektors. Er hatte in Neunkirchen verschiedene gesellschaftliche Funktionen wahrgenommen und verstarb 1981 in Saarbrücken. Anna Lachmann war am 25. April 1973 in Saarbrücken gestorben.

Recherche und Text: Ulrike Pfeifer-Scholz u. Rainer Dörrenbecher

Familie Hermann Christian Petri und Karoline, geborene Drumm

Hermann Christian Petri
geboren am 5. Januar 1883 in Neunkirchen
gestorben am 1. Oktober 1957 in Neunkirchen

Karoline Petri, geb. Drumm
geboren am 30. Januar 1884 in Quirnbach, Krs. Kusel
gestorben in Neunkirchen

Luise Petri
geboren am 21. März 1905 in Quirnbach, Krs. Kusel
gestorben in Neunkirchen

Karolina Meffert, geb. Petri
geboren am 29.12.1910 in Neunkirchen
gestorben in Neunkirchen

Hermann Meffert
geboren am 11. Oktober 1903 in Kirn
gestorben am 16. April 1970 in Neunkirchen

Henriette Gertrude Petri, verh. Diehl
geboren am 30. August 1919 in Neunkirchen
gestorben am 3. Dezember 2008 in Neunkirchen

Stolpersteine verlegt Hüttenbergstraße 43

Hermann Karl Ludwig Petri
geboren am 19. November 1906 in Neunkirchen
gestorben am 13. Juli 1979 in Neunkirchen

Juliana Petri, geb. Harlos
geboren am 19. Mai 1912 in Kellersberg, Niederrhein
gestorben in Neunkirchen

Stolpersteine verlegt Knappschaftsstraße 1



*Hermann Petri
Aufnahme um 1947*



Knappschaftsstraße

Hermann Ch. Petri wurde am 5. Januar 1883 als zweiter Sohn in einer Bergarbeiterfamilie geboren. Nach der Volksschule wurde auch er Bergmann. Im September 1905 heiratet er Karoline, geb. Drumm, geboren 30.01.1884. Schon im März des gleichen Jahres wird die Tochter Luise geboren, 1906 der Sohn Hermann Karl Ludwig, schließlich die Töchter Karolina 1910 und Henriette Gertrude 1919.

Die Familie wohnt in der Hüttenbergstraße 43, in einer Wohnung des neu gebauten „Volkshaus“. Träger des Volkshaus war die Volkshaus-Gesellschaft mbH Neunkirchen von Mitgliedern der SP Saar; Hermann war zum Geschäftsführer ernannt worden.

Seit 1909 ist Hermann Mitglied im Bergarbeiterverband und seit 1910 Zahlstellenleiter des Bergarbeiterverbandes Neunkirchen, von 1919 bis 1935 ist er hauptamtlicher Sekretär des Verbandes. 1917 tritt er in die SPD

ein und wird im November 1918 zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats in Neunkirchen gewählt; 1919 bis 1933 ist er Mitglied des Gemeinderats / Stadtrats Neunkirchen. 1928 bis 1933 ist er zudem Beigeordneter des Bürgermeisters in Neunkirchen. 1922 wird er für die Sozialdemokratische Partei in den Landesrat des Saargebiets gewählt, wird dort Fraktionsvorsitzender und bleibt Mitglied bis 1935.

1920 tritt er aus der Kirche aus und in den Freidenkerverband ein. Er ist viele Jahrzehnte lang auch Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportvereins, des Arbeitergesang-Vereins, der Arbeiterwohlfahrt, des Arbeiter-Samariter-Bunds und des Touristenvereins „Die Naturfreunde“.

Seit der Machtübergabe an die Nazis im Januar 1933 im Deutschen Reich engagiert sich Hermann Petri im unabhängigen Saargebiet in der Partei und Gewerkschaft gegen den Faschismus und unterstützt solidarisch geflüchtete Hitlergegner aus dem Reich. Er gehört mit zu den Organisatoren der antifaschistischen Großkundgebung der SPD/Saar am 27.08.1933 in Neunkirchen und ist 1933 und 1935 Delegierter der Sozialdemokratischen Partei beim Rat des Völkerbunds in Genf. Anfang 1934 interveniert er gemeinsam mit Max Braun beim Völkerbund, um eine Verschiebung der Abstimmung über den Status-Quo zu erreichen. Anfang Juni 1934 initiiert er mit weiteren saarländischen SPD- und ADGB-Funktionären den „Aufruf der Freiheitsfront des Saargebiets“, in dem zum Widerstand gegen den Nazismus aufgerufen wurde.

Nachdem Anfang Juli 1934 von Sozialdemokratischer Partei Saargebiet und Kommunistischer Partei Saargebiet die antifaschistische Einheitsfront gegen den Anschluss des Saargebiets an das Reich gebildet wurde, tritt er bei zahlreichen Veranstaltungen als Redner auf, für eine Niederlage Hitlers an der Saar.

Nach der Volksabstimmung im Januar 1935 wurden die Gewerkschaftsverbände des ADGB, der RGO und des CGB (*) aufgelöst. Hermann emigriert noch im Januar mit seiner Ehefrau und den Töchtern Luise und Gertrude nach Forbach.

Luise hatte 1926 geheiratet; die Ehe wurde 1929 wieder geschieden. Tochter Karolina hatte im März 1930 Hermann Meffert, geboren 1903 in Kirn, geheiratet. Beide flüchten ebenfalls im Januar 1935 nach Frankreich. Man lebt von der gemeinsamen Herstellung von Strickarbeiten für eine Fabrik in Nancy.

Der Sohn Hermann Karl L. hatte im Dezember 1932 Juliana Harlos, geboren 1912 in Kellersberg/Niederrhein geheiratet. Diese wohnten in der Roonstraße 1, heute Knappschaftsstraße. Beide emigrierten im April.

Hermann arbeitet mit in der ehrenamtlichen Beratungsstelle für Saarflüchtlinge in Forbach; diese wird später in das staatliche „Office pour les Réfugiés Sarrois“ umgewandelt. Er wird Mitglied des Bergarbeiterverbands Lothringen des französischen Gewerkschaftsdachverbandes CGT. Seit Ende 1935 ist er tätig für den illegalen Wiederaufbau der deutschen freien Gewerkschaften und gibt eine Zeitung heraus. Er engagiert sich zunehmend politisch für die Bildung der Volksfront mit der KPD und weiteren antifaschistischen Kräften und für die spanische Republik. Am 02.02.1936 ist er Delegierter der Grenzstelle bei der von Max Braun und Heinrich Mann initiierten ersten Volksfrontkonferenz, der „Auslandstagung der deutschen Opposition“ in Paris.

1936 müssen die Emigranten die grenznahen Départements verlassen. Hermann Petri und weitere, die mit dem Office Sarrois zusammenarbeiten, können bleiben. In Nérès-les-Bains im Département Allier, Kohle-Bergbau-Gebiet, kommt die gesamte Familie zusammen. In der Region leben mehrere deutsche Emigranten-Familien. Henriette-Gertrude heiratet in Montluçon den Emigranten Erich Diehl.

Im Oktober 1937 übersiedelt Hermann ebenfalls nach Nérès-les-Bains, wo seine Familie bereits seit dem Vorjahr wohnt. Auch sein Bruder Karl u.a. mit dem Sohn Karl Friedrich Petri und weitere Familien von Mitarbeitern des „Office pour les Réfugiés Sarrois“ halten sich dort in der Nähe auf.

Hermann Karl Ludwig, Hermann Meffert und Erich Diehl sind bis zum Kriegsbeginn als Bergleute beschäftigt. Hermann bezieht bis zum Kriegsbeginn eine Knappschaftsrente, das Familieneinkommen wird durch die Zucht von Kleintieren aufge bessert. Er wird zum Ortsgruppenleiter des „Office Sarrois“ gewählt und gründet

die Emigranten-Solidaritätskasse. Kurzzeitig kann er als Bergmann arbeiten; aufgrund von Gesundheitsproblemen arbeitet er dann als Bauhilfsarbeiter an der Eisensäge. Nach dem deutschen Angriff auf Frankreich im Mai 1940 wird auch er als „feindlicher Ausländer“ interniert, nach dem Waffenstillstand im Juni 1940 wieder entlassen. Bis November 1940 ist er arbeitslos, danach ist er bis Ende Juni 1941 Bauhilfsarbeiter an der Betonmaschine, wo er schließlich krankheitsbedingt entlassen wird.

Schon im Sommer 1941 wird Hermann im Deutschen Fahndungsbuch ausgeschrieben, und es gibt ein Auslieferungsgesuch der Gestapo Saarbrücken. Schließlich wird er im Februar 1943 zusammen mit dem Sohn Hermann Karl L. durch ein Gestapo-Fahndungskommando festgenommen. Der Sohn wird wieder freigelassen; Hermann wird über Vichy und Moulins ins Gefängnis nach Paris überstellt. Ende März 1943 wird er nach Saarbrücken überführt mit dem Vorwurf des Hoch- und Landesverrats. Am 30.09.1943 wird er zu sieben Jahren Haft und Ehrverlust wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt - weil er „sich in den Jahren 1935 bis 1939 in Frankreich als Funktionär in der marxistischen Emigrantenorganisation betätigt“ hat. Es wird Einzelhaft verfügt, und am 18./19.10.1943 erfolgt der Transport in das Zuchthaus Brandenburg-Görden, wo auch Erich Honecker und Richard Kirn einsitzen. Mit Richard Kirn trifft er sich fast täglich beim gemeinsamen Hofgang.

Am 27.04.1945 wird er durch die Rote Armee befreit; in den letzten Kriegstagen hat er es mit letzter Kraft nach Berlin geschafft. Dort wird ihm die Leitung der Vormundschaftsabteilung des Berliner Magistrats übertragen und er wird amtlich als Opfer des Faschismus anerkannt.

Am 18.11.1945 kehrt Hermann nach Neunkirchen zurück, wohin die Ehefrau Karoline bereits zwei Wochen zuvor aus Frankreich übergesiedelt war. Auch die weiteren Familienmitglieder kehren nach Neunkirchen zurück. Henriette-Gertrude und Erich Diehl bleiben in Frankreich und ziehen später nach Straßburg.

Bereits im Dezember 1945 ist er Mitglied im Gründungsausschuss der SPS und wird zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Neunkirchen gewählt. 1952 wird er zum Ehrenvorsitzenden der SPS gewählt und ist verantwortlich für die Durchführung der Abstimmung über die Vereinigung von SPS und SPD auf dem Parteitag am 18.03.1956 in Sulzbach.

In Neunkirchen wird er als Leiter des Arbeitsamts eingesetzt; im April 1946 ernennt man ihn zum Regierungsrat. Im folgenden Jahr wird er in den Landtag gewählt, wo er bis 1956 Mitglied bleibt. Er arbeitet im Verfassungsausschuss der gesetzgebenden Versammlung und in der Verfassungskommission mit und engagiert sich besonders in sozialpolitischen und politischen Ausschüssen, auch nach seinem beruflichen Ruhestand im Juli 1950.

Am 1. Oktober 1957 verstirbt er mit 74 Jahren in Neunkirchen.

(*) ADGB Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund; RGO Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation; CGB Christlicher Gewerkschaftsbund

Recherche und Text: Gabriele Klein und Rainer Dörrenbecher

Quellen:

- „In der NS-Zeit verfolgte Abgeordnete des saarländischen Landtags“
Hg. Maik Tändler, Wallstein-Verlag Göttingen, 2023, S. 163 – 170
- „Für den Sturz des Naziregimes – Widerstand und Verfolgung von saarländischen Antifaschisten“
Hg. Luitwin Bies und Horst Bernard, Blattaus-Verlag Saarbrücken, 2007, S. 21 – 23
- Stadtarchiv Neunkirchen

Brüder Ferdinand und Reinhold Ruth und Alma Ruth, geborene Glaser

Ferdinand Ruth
geboren 23. Mai 1909 in Neunkirchen
gestorben am 30. September 1986 in Schöneiche bei Berlin (DDR)

Reinhold Ruth
geboren am 5. Oktober 1914 in Neunkirchen
gestorben am 15. Mai 1980 in Neunkirchen

Alma Ruth, geb. Glaser
geboren am 22. August 1914 in Jägersburg/Homburg
letzter bekannter Wohnort Sulzbach-Altenwald

Stolpersteine verlegt Irrgartenstraße 14

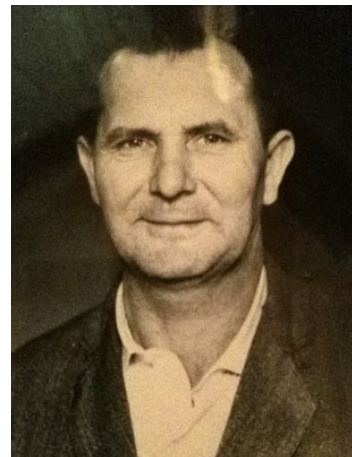
Ferdinand Ruth, von Beruf Eisenbahnschaffner, und seine Ehefrau Rosa, geborene Schneider hatten drei Kinder; Ferdinand, geboren am 23. Mai 1909, Erna, geboren am 2. Januar 1911 und Reinhold, geboren am 5. Oktober 1914, zwei Monate nach dem Beginn des 1. Weltkrieges.

Die Familie wohnte in Neunkirchen in der Synagogenstraße 14; so benannt, da an der Ecke zum Oberen Markt die Synagoge stand. 1935 nach der Volksabstimmung im Saargebiet und der Eingliederung in das inzwischen faschistische Deutsche Reich war die Straße in Irrgartenstraße umbenannt worden. Diesen Namen trägt sie heute noch. Die Synagoge wurde am 10. November, am Tag nach der Reichspogromnacht gegen die jüdische Bevölkerung, verwüstet und in Brand gesteckt.

Die Eltern Ferdinand und Rosa Ruth ließen sich 1929 scheiden. Die Mutter Rosa wohnte mit den Söhnen Ferdinand und Reinhold weiterhin in der Wohnung. Der Vater Ferdinand Ruth zog aus Neunkirchen weg und heiratete wieder 1939.



Ferdinand Ruth



Reinhold Ruth



Irrgartenstraße 14

Ferdinand Ruth und Alma, geborene Glaser

Ferdinand Ruth besuchte die Volksschule und arbeitete anschließend in Neunkirchen im Bergbau. Ob er eine Ausbildung zum Hauer machte, ist nicht bekannt, aber wahrscheinlich. Wie viele weitere Bergarbeiter wurde er Mitglied der KPD. Im Saarbergbau gab es in den 1920er Jahren mehrmals Widerstands- und Massestreikaktionen für den Erhalt der sozialen Standards und um höhere Löhne gegen die französische Grubenverwaltung.

Alma Glaser wurde am 22. August 1914 in Jägersburg/Homburg geboren; weitere Angaben zur Familie liegen nicht vor. Anfang der 1930er Jahre

wohnte sie in Wiebelskirchen, bis August 1931. Es folgten jährliche Wohnortwechsel, Heusweiler, Neunkirchen, Bildstock. Seit September 1933 wohnte sie in Neunkirchen im Haus der Familie Ruth. Im November 1933 heirateten Alma Glaser und Ferdinand Ruth. Sie kannten sich wohl schon länger. Die Ehe blieb kinderlos.

Nach Max Hewer war sie Mitglied der KPD und Leiterin der Wiebelskircher KPD-Kindergruppe (Pionierleiterin).

Anfang Juli 1934 vereinbarten die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes die antifaschistische Einheitsfront gegen die Eingliederung des Saargebietes in das faschistische Deutsche Reich und für den Status Quo. Ferdinand und Alma waren engagierte Antifaschisten und waren somit den Neunkircher Nazis gut bekannt. Nach der Abstimmung im Januar 1935 fürchteten auch sie von den Nazis missandelt zu werden und um ihre Freiheit. Sie flüchteten, wie andere, nach Frankreich, zunächst in die Gegend von Metz. Später - das Datum ist nicht bekannt - zogen sie nach Paris.

Ferdinand wurde Mitglied des französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (Confédération générale du travail); er war also berufstätig. Nach dem Putsch der faschistischen Generäle in Spanien im Juli 1936 und dem Beginn des Bürgerkrieges meldete er sich als Freiwilliger zu den Interbrigaden (3). 1937 wurde er in das Bataillon „Edgar André“ in der XI. Internationalen Brigade eingegliedert. Das Bataillon wurde im Frühjahr 1937 in der Schlacht bei Guadalajara (nordöstlich von Madrid) eingesetzt, wo es schwere Verluste erlitt. Im Sommer kämpfte das Bataillon in der Offensivschlacht bei Brunete (westlich von Madrid), wo es ebenfalls schwere Verluste erlitt. Ferdinand Ruth wurde schwer verwundet, konkret wo und wann ist nicht bekannt. Mit einem Verwundetentransport wurde er nach Moskau ausgeflogen. (*)

Er überlebte, auch dank der Pflegerin. Diese war deutscher Nationalität mit Vorname Hedwig. 1945 reisten beide in die sowjetisch besetzte Zone aus. Sie heirateten und wohnten in Schöneiche, Nähe Berlin. Ferdinand trat der SED bei, wurde Mitarbeiter der Volkspolizei und des Innenministeriums der DDR. Als ehemaliges Mitglied der Internationalen Brigaden wurde er mit der „Hans-Beimler-Medaille“ durch den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl geehrt.

1952 trat er als Invalide in den Ruhestand; in Folge einer Erkrankung erlitt er den Verlust der Stimme. Er starb am 30. September 1986 in Schöneiche bei Berlin.

(*) Diese Darstellung hat René Ruth, Neffe von Ferdinand, berichtet. Max Hewer gibt in „Von der Saar zum Ebro“ in der Biographie zu Ferdinand Ruth eine andere Darstellung: „Im Juli 1937 soll er schwer verwundet und für kriegsuntauglich erklärt worden sein. ... 1938 kehrte er verwundet und krank nach Frankreich zurück und lebte mit seiner Frau bei Paris. Das Verhältnis des Ehepaars wurde durch die Emigrations- und Kriegsbedingungen nachhaltig geschädigt. Im Februar 1939 nutzte Ferdinand Ruth die Chance, in die Sowjetunion auszureisen, seine Frau ging diesen Schritt nicht mehr.“ (S. 220)

Hewer nennt als Quellenangabe u.a. das Bundesarchiv und Erlebnisberichte ehemaliger Interbrigadisten. Bei diesen Erlebnisberichten gibt es gelegentlich unterschiedliche Darstellungen; es gibt Erinnerungslücken, es können Verwechslungen und andere Irrtümer vorkommen. Auch gibt es unterschiedliche Darstellungen, je nachdem wie sich politische Einstellungen bei den Menschen nach 1945 entwickelten.

Alma Ruth blieb in Paris. Es ist nicht bekannt, ob Alma einen Antrag gestellt hatte ebenfalls als Internationalistin nach Spanien zu gehen, oder diesen Weg nicht gehen wollte. Über ihr Leben in Paris ist nichts bekannt. Nach der Kapitulation Frankreichs im Mai 1940 wurde sie von der deutschen Besatzungsmacht nach Saarbrücken zurückgeführt.

Im September 1941 gebar sie in Neunkirchen einen Sohn; als Vater gab sie Lorenz Dresl an, aus Mühlendorf am Inn. Im März 1943 wurde die Ehe mit Ferdinand Ruth vor dem Landgericht Saarbrücken geschieden. Im Juli

heiratete sie Lorenz Dresl. Nach der Geburt ihres Sohnes im September 1941 ist sie nach Bayern zu Lorenz Dresl gezogen (Datum fehlt in den Unterlagen). Die Familie lebte nach der Heirat in Waldkraiburg am Inn. Im September 1951 zog die Familie dann in das Saarland nach Sulzbach-Altenwald. Alma Dresl, geb. Glaser hatte 1949 in Bayern einen Antrag auf Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus (OdN) gestellt; dieser wurde abgelehnt. 1951 stellte sie im autonomen Saarland erneut einen Antrag auf Anerkennung als OdN; auch dieser wurde abgelehnt. Bis zur Kapitulation des faschistischen Deutschland am 8. Mai 1945 stand sie unter Polizeiaufsicht.

Reinhold Ruth

Reinhold Ruth besuchte die Volksschule und verließ anschließend das Elternhaus. In Straßburg machte er von 1929 bis 1932 eine Lehre als Bäcker und kehrte anschließend nach Neunkirchen zurück. Möglicherweise fand er wegen der 1929 ausgebrochenen „Weltwirtschaftskrise“ in Straßburg keine Arbeit. Ab 1930 setzte sich die Krise auch im Saargebiet durch. 1931/1932 kam es zu starken Produktionsrückgängen vor allem in der Montanindustrie und der Bauwirtschaft. Betroffen waren auch Mittelstand und Handwerk. Die Arbeitslosenquote stieg Ende 1932 auf fast 14 %.

Reinhold fand auch in der Heimat keine Arbeit. Er organisierte sich im Kommunistischen Jugendverband (KJVD) und wie sein älterer Bruder in der KPD. Mit der Bildung der antifaschistischen Einheitsfront engagierte er sich gegen den Anschluss des Saargebietes an das faschistische Deutsche Reich und war deshalb ebenfalls den Neunkircher Nazis bekannt. Nach der Abstimmung im Januar 1935 emigrierte auch er nach Frankreich.

Zunächst verblieb er für etwa einen Monat in Forbach, wo sich neben den französischen Behörden auch eine saarländisch-französische antifaschistische Leitung gebildet hatte, die Hilfe für die Emigranten organisierte. Reinhold kam mit weiteren Emigranten zunächst nach Südfrankreich nach Auch, Département Gers, westlich von Toulouse. Später kam er nach Tarbes, Département Hautes Pyrénées, südwestlich von Toulouse. Dort war er als Straßenarbeiter tätig und wurde Mitglied der CGT.

Im Oktober 1936 meldete er sich zu den Interbrigaden in Spanien. Auch er wurde der XI. Interbrigade zugeteilt; in welchem Bataillon er war und wo dieses kämpfte ist nicht bekannt. Er wurde verwundet und nach der Genesung in der Flak-Batterie „Georgi Dimitroff“ eingesetzt. Dort traf er einen Bekannten, Arnold Bock, einen Reichsemigranten, der in Neunkirchen gewohnt hatte. Inzwischen, 1938, war er von einem deutschen Gericht in Abwesenheit wegen „Entziehung der Wehrpflicht“ zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Ab Ende September 1938 wurden die Internationalen Brigaden demobilisiert und zunächst in Lagern zusammengezogen. Reinhold kam in das Demobilisierungslager Almusafes bei Valencia. Anfang Januar 1939 rief die Regierung der spanischen Republik die verbliebenen Interbrigadisten wieder auf zum Kriegseinsatz an der katalanischen Front auf. Möglicherweise war Reinhold dort wieder im Einsatz. Er ging erst Anfang Februar 1939 über die Grenze zurück nach Frankreich, wurde sofort verhaftet und in das Internierungslager bei Argelès-sur Mer, südlich Perpignan, Département Pyrénées-Orientales, gebracht. Nach zwei Monaten wurde er in das Lager bei der Ortschaft Gurs, Département Pyrénées Atlantiques, nördlich der Pyrenäen, überführt. Im September 1939, nach Beginn des 2. Weltkrieges, konnte er von dort fliehen. In Lyon wurde er wieder verhaftet und in dem Lager bei Le Vernet d' Ariège, südlich Toulouse, interniert. Von dort wurde er in das Lager bei Catus, Département Lot, nördlich von Cahors, verbracht. Er konnte erneut fliehen, wurde wieder ergriffen und wieder nach Gurs gebracht.

Anfang 1941 wurde Reinhold Ruth von den französischen Behörden an die Gestapo ausgeliefert. Die näheren Umstände sind nicht bekannt; möglicherweise gab es eine konkrete Auslieferungsforderung der Gestapo. Zunächst in Karlsruhe inhaftiert, wurde er im Februar in das Gestapo-Gefängnis nach Saarbrücken

gebracht und bei den Verhören gefoltert. Im Dezember wurde er in Stuttgart wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Nach kurzer Haftzeit im Zuchthaus Ludwigsburg wurde er im Januar 1942 in das Konzentrationslager Dachau überführt; er erhielt die Häftlingsnummer 29249. Wie seine Häftlingskameraden erlitt er dort schwere Misshandlungen, Unterernährung und Krankheiten.

Ende April 1945 begann die SS das Lager zu evakuieren und schickte mehr als 20.000 Häftlinge, geschwächt und krank, in Fußmärschen Richtung Tirol. Mehrere tausend Menschen kamen um bis die Überlebenden Anfang Mai von alliierten Truppen befreit wurden. Reinhold Ruth überlebte. Nach mehreren Wochen Aufenthalt in einer Kurklinik zur gesundheitlichen Wiederherstellung kehrte er nach Neunkirchen zurück.

Als Verfolgter des Naziregimes wurde er von der Stadt Neunkirchen eingestellt, zunächst als Hausmeister, später als Verwaltungsangestellter. 1946 heiratete er Hildegard Güth, geboren 1927. Drei Kinder wurden geboren, Sohn René, geboren 1947 und die Töchter Carmen, geboren 1949 und Christine, geboren 1961.

Reinhold Ruth wurde von der Regierung des Saarlandes (Hoffmann / Kirn - Regierung) und der Bundesregierung als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt und erhielt eine Entschädigung. Die Regierung der DDR ehrte ihn als ehemaliges Mitglied der Internationalen Brigaden mit der Verleihung der „Hans-Beimler-Medaille“ durch den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl.

Reinhold Ruth starb am 15. Mai 1980, seine Ehefrau Hildegard starb am 10. Juli 1990.

Textautor: Rainer Dörrenbecher

Quellen:

- Unterlagen des Stadtarchiv Neunkirchen
- Angaben des Landesarchiv Saarbrücken
- Aussagen von René Ruth, Neunkirchen
- Max Hewer: Von der Saar zum Ebro; Blattlaus Verlag Saarbrücken, 2016
- Luitwin Bies: Klassenkampf an der Saar, Verlag Marxistische Blätter, 1978
- Spanien - Erinnerungen von Interbrigadisten aus der BRD, Verlag Marxistische Blätter 1976
- <https://www.kz-gedenkstaette-dachau.de/historischer-ort/kz-dachau-1933-1945/>

Hermann Heinrich Simon

geboren am 26. Februar 1897 in Wiebelskirchen
ermordet am 27. Februar 1940 in Mauthausen

Stolperstein verlegt Philippstraße 5

Hermann Heinrich Simon wurde am 26.02.1897 im saarländischen Wiebelskirchen geboren. Die damalige Wohnadresse ist nicht bekannt. Bis 1895 gab es in Wiebelskirchen keine Straßennamen. Die Eltern Karoline und Heinrich hatten noch drei weitere Kinder. Die Familie zog nach Neunkirchen, Steinbrunnenweg. Hermann-Heinrich wurde evangelisch getauft und arbeitete später eine Zeit seines Lebens als Metallarbeiter. Er heiratete später seine Ehefrau Veronika, geb. Boshard aus Heiligenwald. Zusammen hatten sie drei Kinder. Simon führte ein unstetes Leben, die Familie war öfter getrennt, es gab mehrere Wohnungswechsel. Die Ehe wurde schließlich geschieden.



Philippstraße 5

Simon wurde dann am 7. September 1939 verhaftet; er wohnte in der Hohenzollernstraße 5, heute Phillipstraße. Damals war kein genauer Haftgrund bekannt. Im September 1939, unmittelbar nach dem Beginn des Krieges, starteten die Nazis eine Verhaftungswelle gegen politische Gegner, „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“, (AZR/ASR – Häftlinge). Letztere wurden oft ohne Angabe von Gründen verhaftet und ohne Anklage in KZ eingeliefert. Er gelangte mit der Gefangenenummer 35616 AZR zuerst am 10.09.1939 nach Dachau, von wo er am 28.09.1939 nach Mauthausen verbracht wurde.

Im Konzentrationslager Mauthausen verstarb Simon am 27.02.1940. Offiziell wurde eine Herzerkrankung beim Simon als Todesursache vermerkt, obwohl nach Recherchen bekannt wurde, dass er in Mauthausen von zwei Aufsehern namens Zierysen und Bachmeyer durch Fußtritte, Essensentzug und weitere Misshandlungen gequält wurde. Die Häftlingsgruppe AZR/ASR stand in der „Lagerhierarchie“ weit unten. Sie wurden sehr oft Opfer sadistischer SS-Leute oder schwerkrimineller Häftlinge. Viele überlebten nur wenige Monate in den Lagern.

Zwei seiner Töchter versuchten nach dem gewaltsamen Tod des Vaters und nach Ende der Diktatur der Nationalsozialisten Entschädigung für den frühen Tod des Vaters zu erhalten.

Hermann Heinrich Simon war als „AZR“ Häftling verhaftet worden. Er war in den Jahren vor der Nazi-Herrschaft bereits mehrmals wegen kleinerer und mittelschwerer Delikte verhaftet und verurteilt worden. Beide Töchter wollten beweisen, dass ihr Vater Hermann Heinrich Simon als Kommunist Gegner der NSDAP und der Schreckensherrschaft Adolf Hitlers war. Es war zu beweisen, dass Simon bis 1935 als Gruppenführer der Kommunistischen Partei (KP) tätig war. Danach hieß es, wäre ihm keinerlei politische Tätigkeit nachzuweisen. Jedoch konnten die beiden Töchter Maria Christine und Agatha mithilfe des Zeugen Willi Wadenphul nachweisen, dass Simon in der kommunistischen Partei tätig war und später nach seiner Entlassung aus dem Eisenwerk bei der Stadtverwaltung in Neunkirchen arbeitete und er dort ebenfalls wieder entlassen wurde aufgrund seiner zahlreichen antifaschistischen Äußerungen. Somit gilt Hermann Heinrich Simon als Kommunist.

Recherche und Text: Nicole Peter

Quellenangaben:

- Stadtarchiv Neunkirchen
- Landesarchiv Saarbrücken

Familie Paul Singer und Anna, geborene Merser

Paul Singer,
geboren am 30. Dezember 1890 in Mosciska, Polen
ermordet am 11. Juli 1942 in Auschwitz

Anna Singer, geb. Merser
geboren am 6. April 1898 in Berlin
ermordet am 3. August 1942 in Auschwitz

Grete(l) Helene Singer
geboren am 15. Oktober 1921 in Berlin
ermordet am 5. August 1942 in Auschwitz

Artur Singer
geboren am 7. Juli 1923 in Frankfurt/Main
1937 in die USA ausgewandert

Mathilde Singer
geboren am 16. November 1925 in Frankfurt
ermordet im August 1942 in Auschwitz

Lieselotte Singer
geboren am 30. Dezember 1927 in Neunkirchen
ermordet am 19. August 1942 in Auschwitz

Stolpersteine verlegt Goethestraße 9

Der Kaufmann Paul Singer, geboren am 30.12.1890 in Mosciska in Polen, heiratete am 14.12.1920 in Karlsruhe Anna Merser, geboren am 06.04.1898 in Berlin. Sie lebten zunächst in Berlin und bekamen dort am 15.10.1921 ihre erste Tochter Grete, auch Gretel Helene genannt. Dann zog die kleine Familie nach Frankfurt am Main. Dort kam am 07.07.1923 ihr Sohn Artur zur Welt, der am 13.04.1937 allein nach Amerika auswanderte, möglicherweise zu Verwandten.

Am 16.11.1925 wurde ihre zweite Tochter Mathilde geboren. Sie ging noch in Frankfurt zur Schule und später in Neunkirchen Saar, wo die Familie in der Goethestraße 9 wohnte. Danach besuchte Mathilde das jüdische Lyzeum in Saarbrücken. 1938 wurde sie von ihren Eltern nach Strasbourg geschickt, um dort eine häusliche Arbeit bei Verwandten aufzunehmen.

Am 30.12.1927 kam ihre letzte Tochter Lotte zur Welt. Auch sie ging auf das Lyzeum in Saarbrücken.

Im Sommer 1939 floh die Familie nach Paris. Paul Singer wurde am 21. August 1941 verhaftet und im Lager Drancy interniert. Am 22./24. Juni 1942 wurde er nach Auschwitz überführt und wurde am 11.07.1942 in Auschwitz getötet. Anna Singer wurde ebenfalls festgenommen; das Datum ist nicht bekannt, möglicherweise am 16. Juli 1942 mit den Töchtern und über Pithiviers nach Auschwitz deportiert. Dort wurde sie am 3. August 1942 getötet. Am 16. Juli 1942 wurden die Töchter in Paris verhaftet und am 30./31.07.1942 ebenfalls über Pithiviers nach Auschwitz überstellt. Gretel Helene wurde am 5. August 1942 und Lieselotte wurde am 19. August dort ermordet. Für Mathilde ist kein Todesdatum erfasst; sie wurde wahrscheinlich ebenfalls im August 1942 ermordet.



Goethestraße 9

Die hier genannten Daten beziehen sich u.a. auf den Briefwechsel des Sohnes Artur Singer (der zu diesem Zeitpunkt in Los Angeles ansässig war) mit einer Anwaltskanzlei und dem Landesentschädigungsamt des Saarlandes. Er wollte vom deutschen Staat bzw. vom Saarland Entschädigungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz erhalten. Allerdings zog sich der Prozess über mehrere Jahre, da der Anspruch auf Entschädigung am 31.12.1959 erloschen war; Artur Singer hatte den Antrag erst am 25.04.1962 gestellt.

Artur Singer erhielt dennoch eine Entschädigung in Form eines Erbes für seine drei Schwestern. Diese wurde ihm im Jahr 1968 gewährt und ausgezahlt.

Recherche und Text: Ulrike Pfeifer-Scholz

Quellen:

- Stadtarchiv Neunkirchen
- Landesarchiv Saarbrücken
- <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/>

Albert Hoppstädter

geboren am 08. Dezember 1906 in Wiebelskirchen
ermordet am 12. Januar 1940 im KZ Mauthausen

Stolperstein verlegt Wiebelskirchen,
Bexbacherstraße 50

Albert Hoppstädter wurde am 08.12.1906 in Wiebelskirchen als Sohn von Eduard Hoppstädter und Katharina Hoppstädter geboren. Er galt für den Zweiten Weltkrieg als wehrunwürdig, da er am 15.10.1936 wegen Meineids zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.



Wiebelskirchen, Bexbacherstraße 50

Albert Hoppstädter wurde 1933 Vater einer unehelichen Tochter namens Hannelore Zimmer. Er wollte seinerzeit den Schwangerschaftsabbruch. Dies sagte die Mutter des Kindes bei der Polizei aus. Albert Hoppstädter stritt ab, den Abbruch verlangt zu haben. Er wurde des Meineids überführt und saß dann bis 1938 im Gefängnis. Damals arbeitete Hoppstädter als Polizeiwachtmeister, diese Stelle verlor er und arbeitete nach Verbüßung seiner Haftstrafe als Pflastermeister.

Bis kurz vor seiner Verhaftung zahlte er regelmäßig den Unterhalt für seine Tochter Hannelore Zimmer.

Albert Hoppstädter wurde am 07.09.1939 verhaftet. Er wohnte damals in Wiebelskirchen, Bexbacherstraße 50. Nach Aussage seiner Mutter war nicht bekannt, warum Hoppstädter von der Gestapo verhaftet wurde. Diese gab an, dass ihr Sohn nie politisch tätig gewesen sei. Er habe sich deswegen auch nie gegen den Nationalsozialismus engagiert. Es wird angenommen, dass Hoppstädter einer der vielen Menschen war, die aufgrund einer unbedachten Äußerung in der Öffentlichkeit gegen den Nationalsozialismus oder gegen Hitler verhaftet wurde. Im September 1939, unmittelbar nach dem Beginn des Krieges, machten die Nazis eine Verhaftungswelle gegen politische Gegner, „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“, AZR/ASR – Häftlinge. Letztere wurden oft ohne Angabe von Gründen verhaftet und ohne Anklage in Konzentrationslager eingeliefert.

Offiziell wurde Albert Hoppstädter am 07.09.1939 als AZR Häftling unter der Gefangenummer 35618 DR-AZR verhaftet und am 10.09.1939 ins Konzentrationslager Dachau verbracht. Am 28.09.1939 wurde Albert Hoppstädter ins Konzentrationslager Mauthausen verlegt. Dort lernte er auch den Wiebelskircher Hermann Heinrich Simon kennen, der ihm vorher aus der Heimat nicht bekannt war.

Am 12.01.1940 starb Albert Hoppstädter in Mauthausen offiziell an einer allgemeinen Herz- und Kreislaufschwäche. Die Mutter von Albert Hoppstädter sagte aus, dass ihr Sohn ein starker und kräftiger Mann gewesen sei, der dann in Mauthausen schnell verstorben sei. Diese Häftlingsgruppe stand in der „Lagerhierarchie“ weit unten. Sie wurden sehr oft Opfer sadistischer SS-Leute oder schwerkrimineller Häftlinge. Viele überlebten nur wenige Monate in den Lagern.

Hannelore Zimmer, Albert Hoppstädters Tochter, beantragte stellvertretend durch ihre Mutter Entschädigung aufgrund des Verlustes ihres Vaters. Diese Entschädigung wurde Hannelore Zimmer nicht erteilt, da ihre Mutter verlangte Unterlagen nach mehrfacher Aufforderung nicht einreichte.

Recherche und Text: Nicole Peter

Quellenangaben:

- Stadtarchiv Neunkirchen
- Landesarchiv Saarbrücken